

# Gegenrevolution?

Ein liberaler Politiker schreibt uns:

Ein eigenartiges und seltsames Zusammentreffen der Ereignisse zu derselben Stunde ist in der Nationalversammlung in Weimar und in der preussischen Landtagsversammlung in Berlin eine Art Kampflage der Regierung wider die Gegenrevolution erfolgt. Es wird viele Leute mit scharfem Sehvermögen und feiner politischer Bitterung im Lande geben, die mit dem besten Willen von Bewegungen und Unternehmungen nichts sehen und hören können, die darauf abzielen, die jetzige republikanische Reichs- und Staatsverfassung mit List oder Gewalt wieder umzuwerfen, die Regierung zu brechen und wieder einen Monarchen auf den Thron zu setzen. Angesichts dieser Tatsache hat dieses explosive Vorgehen der Regierung etwas Befremdet. Man halte sich doch die parlamentarische Lage vor Augen — und diese Kräfteverteilung ist doch allein von ausschlaggebender Bedeutung. Wie sieht sie aus? Alle bürgerlichen Parteien haben sich auf den Boden der Umgestaltung der Dinge, wie sie die Revolution gebracht hat, gestellt. Die linke Seite hat diese gleichlautende Befundung der Bereitschaft der Mitarbeit zum Wiederaufbau des Volks- und Wirtschaftlebens unter einer Regierung mit sozialistischer Vorherrschafft verbunden mit einem förmlichen Bekenntnis zur Republik; die rechte Seite hat ihre theoretische Auffassung von der größeren Zweckmäßigkeit der monarchischen Staatsform dabei festgehalten. Solange solche royalistische Regungen sich nicht in tatsächliche Unternehmungen gegenrevolutionärer Art umzusetzen versuchen, sollten sie keinen beunruhigen. Royalisten gibt es in allen Republiken. Sie leben von ihren Idealen, sie leben aber noch viel mehr von den Hebeln des herrschenden Regiments.

Die Sozialdemokratie von heute soll zeigen, was sie kann. Es wird anerkannt, daß die Regierung nach unglücklichen Versuchen bisher leidliche Ordnung hat aufrechterhalten können; aber darüber hinaus steht sie sich einer umfassenden und meist abschreckenden Kritik ihrer politischen und tatsächlichen Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten gegenüber. Von rechts und von links ist sie in ein prässiendes Kreuzfeuer geraten, das gerade in diesen Tagen den Höhepunkt erreicht hat. Von den Unabhängigen und Kommunisten her immer wieder die Kampflage auf Leben und Tod. Alle Zugeländnisse, so in der Rätefrage, sind nutzlos.

Daneben läuft durch die radikale Taktik als roter Faden das Bestreben, den Zwiepunkt der sozialdemokratischen Richtungen untereinander mit allen möglichen Mitteln in eine Frontstellung der vereinigten Sozialisten gegen das Bürgertum zu wandeln. Was Herr Scheidemann nun ankündigt, das selbe Zusammentreffen gegenüber Voraussetzungen, denen in der Öffentlichkeit so lange, bis der Ministerpräsident in Weimar sie offenbart, wahrlich nur eine mögliche Bedeutung zuteil geworden ist, kann — auch wenn seine Absicht vorliegt — nur wirken in der Richtung der Scharfmacherepolitik der Radikalen und muß zugleich als eine Nachgiebigkeit gegen das Drängen von links erscheinen.

Jeder wird unterschreiben, wenn Herr Scheidemann sagte, durch ganz Deutschland gebe gegenüber den gramlosen Forderungen der Entente ein Aufschrei, ein Spieß an die höchste Instanz, die es gibt, an das menschliche Gewissen. Späť sei schlimmer als Freit, weil Späť zeige, daß es von Recht nichts gelernt habe.

Aber dann kam der Parteivormann und verkündete, er wisse kaum, wie er die bekannnten Vorkommnisse bei einem Umsturz in Berlin brandmarken solle. Die Regierung werde sich den Heranbeisetzern augenpolitischer Gefahren durch eine Handvoll von Leuten nicht weiter gefallen lassen. Scheidemann wandte sich in besonderen auch gegen General Ludendorff mit den Worten: „Er hat bei seiner Rückkehr das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben!“

Ob die Regierung durch das wenigstens zu vermutende Nachgeben gegen die radikalen Forderungen Luft schaffen wird gegen die Bedrängnis von allen Seiten, steht dahin.

Daran ändert auch der Umstand nicht viel, daß die Anklage des deutsch-nationalen Abg. v. Kardorff in der verfassunggebenden preussischen Landtagsversammlung auf einen reichlich harten und rücksichtslosen Ton gestimmt war. Denn ein Aufbegehren dagegen nimmt sich selbst aus, wenn es aus den Vänten von Parteien, ausstammt, die als Opposition gegenüber der früheren Herrschaft auf

der Tribüne des Reichstags wahrlich kein Blatt vor den Mund genommen haben.

Alles in allem: gegenrevolutionäre Handlungen sind nicht geschehen; das Absichten irgendwo abzuwarten, solche vorzubereiten, erscheint zweifelhaft. In die Seelen der Deutschen kann man nicht blicken, aber soweit vernunftbegabte Männer und Politiker den Mund dazu geöffnet haben, haben sie bisher allgemein jegliche Buissonnerie dieser Art als sinnlos und verbrecherisch im vorhinein verurteilt und ihren Abscheu vor neuem Bürgerkrieg zum Ausdruck gebracht.

Der angeklagte Staatsgerichtshof beschäftigt augenblicklich das Kabinett. Eine parlamentarische Untersuchungskommission ist in ihm nicht vorgesehen, sondern ein nichtparlamentarischer Gerichtshof, dem Richter und Sachverständige angehören sollen. Über die Ernennung der Mitglieder dieses Staatsgerichtshofes sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt, und es steht noch offen, ob die Mitglieder durch den Reichspräsidenten oder den Präsidenten des Reichsgerichts berufen werden sollen oder ob vielleicht ein Teil der Mitglieder durch den Reichspräsidenten, ein anderer durch die Reichsregierung, ein weiterer Teil durch den Reichsrat und der Rest durch die Nationalversammlung bestimmt werden soll. Es wird auch die Frage erwogen, ob es zweckmäßig sein könnte, zu diesem Gerichtshof hervorragende neutrale Staatsrechtslehrer hinzuzuziehen.

## Kein Diktatfriede?

Die Waffenstillstandskommission hatte bekanntlich am 10. März bei der Entente angefragt, ob die Auserungen von Lloyd George und Wilson, wonach Deutschland den Friedensvertrag einfach ohne Gegenrede unterschreiben müsse, auf Tatsachen beruhen. Darauf hat Marschall Foch nun dahingehend geantwortet, daß Lloyd George und Wilson ausdrücklich erklären lassen, sie hätten solche Erklärungen niemals abgegeben.

Stürmische Debatten in der Pariser Kammer.

In der Kammer hat Clemenceau gegen heftige Angriffe zu kämpfen. Namentlich der Sozialist Manerac ist ihm entschieden entgegengetreten und wirft ihm vor, daß er Frankreich geradezu in einen Kriegszustand mit Rußland hineingedrängt habe. Alle seine Maßnahmen seien aber vergeblich, denn die Armee der Bolschewiki besitze sich auf 800000 Mann und sei von keinem anderen geführt als von General Brußilow. Viele Mitteilung veranlaßte eine lebhaft Bewegung und der Minister des Äußeren wurde von allen Seiten bedrängt, eine Erklärung abzugeben, ob das wahr sei. Wilson lehnte es jedoch ab, darauf zu antworten. Vorläufig sei ihm nichts von diesem Oberbefehl bekannt. Waperec erhob zum Schluß heftigen Widerspruch gegen die Tatsache, daß die französische Regierung einen Krieg gegen Rußland vorbereite, ohne daß die Kammer darum gefragt werde. Das sei eine Verletzung der Verfassung gegenüber der Erklärung der Menschenrechte, was den Ruf der rechtlichen Würde.

Auch die Rechte läßt es an Angriffen nicht fehlen, denn ihr ist Clemenceau nicht imperialistisch genug. Er habe die Ansprüche Frankreichs vernachlässigt, da dieses bis heute noch keine Abstandszahlung von Deutschland erhalten habe. Auch müsse Frankreich das linke Rheinufer verlangen. — Wie man sieht, befindet sich Clemenceau in einer wenig angenehmen Lage, aus welcher heraus auch seine Nüchternheiten leicht erklärlich sind.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die Besoldung des Reichspräsidenten. Die amtlich mitgeteilt wird, werden dem Reichspräsidenten außer den 100000 Mark monatlich keine anderen Bezüge gewährt. Das Gehalt ist nicht allein für seine persönlichen Bedürfnisse berechnet, es werden damit vor allem die Kosten für das Bureau des Präsidenten und die Gehälter für das Personal bestritten. Der Präsident wird genaue Rechnung ablegen und einen sich ergebenden Überschuß am Ende seines Provisoriums zurückgeben. Die mehrheitssozialistische Fraktion wird demnächst einen Antrag einbringen, daß dieser Staatsjag durch den Haushaltsausschuß zu überprüfen sei.

Die Antwort an Scheidemann. In der Deutschen Nationalversammlung fand eine Aussprache über die die

Einfügung eines Staatsgerichtshofes betreffende Erklärung des Ministerpräsidenten Scheidemann statt. Im Mittelpunkt der Erörterung stand eine Rede des Grafen Bolognini (Deutschland, Sp.), auf die der Ministerpräsident erwiderte. Nebenher ging ein Redebüchlein Saare-Nobbe. Der Führer der Unabhängigen beiprachte die innerpolitischen Vorgänge der letzten Wochen und drückte der Regierung erneut sein Mißtrauen aus. Der Reichswehrminister wehrte die Besondere gegen ihn gerichteten Angriffe energisch ab und stellte noch einmal fest, daß an den Kulturverleuten der letzten Wochen die Unabhängigen die Hauptrolle trügen.

Die Ereignisse vom 9. November. Gelegentlich der Aussprache über das Regierungsprogramm in der preussischen Landtagsversammlung teilte der frühere preussische Finanzminister Dr. Hergt (Deutschland, Sp.) mit, daß für den 9. November 1918 ursprünglich eine Art friedlicher Revolution geplant gewesen sei. Die Reichswehrpartei seien übereingekommen, daß die Kommandogewalt des Kaisers befristet, die Wehr abgezogen und das parlamentarische System verankert werden müßte. Die Sozialdemokratie habe aber ihre Zustimmung zu dieser Lösung der Krise verweigert. Ministerpräsident Hirsch wurde vor neuem vor einer Gegenrevolution und lehnte im übrigen eine neue Massenherkunft ebenso wie die Diktatur des Proletariats rundweg ab.

Anmeldung von Tummelplätzen. Täglich gehen beim Reichsministerium des Innern Anmeldungen von Forderungen auf Erlass von Schäden an Leib und Gut ein, die durch die mit den inneren Unruhen zusammenhängenden Kämpfe und Ausschreitungen verursacht sind. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Anmeldung von Tummelplätzen bei den Reichsbehörden nicht die in den geltenden Tummelplätzen vielfach vorgeschriebene Anmeldung der Forderungen bei den in den genannten Gebieten für hauptsächlich erklärten Gemeinden ersetzen kann; insbesondere wird durch die Anmeldung bei einer Reichsbehörde die Ausschlußfrist für Geltendmachung eines Erstattungsanspruchs nicht gewahrt.

Ein Protest der preussischen Bischöfe. Die preussischen Bischöfe haben gegen die ministerielle Verfügung betreffend des Religionsunterrichtes an den Lehrerseminaren und ähnlichen Anstalten bei der preussischen Regierung durch den Kölner Erzbischof Kardinal von Darmanin Protest erhoben.

Über die Volksabstimmung in Schleswig verlautet offiziell, es seien von deutscher Seite Leitende aufgestellt worden, insbesondere auch vom Provinziallandtag Schleswig-Vollstein und von dem deutschen Ausschuss, von denen vor allem die Forderung vertreten wird, daß nicht nur in Mittelschleswig, sondern auch in Nordschleswig gemeindefreie Abstimmung an Stelle der Gesamtabstimmung stattfinden und für die Abtretung eine Zweidrittel-Majorität erforderlich sein soll.

### Österreich.

Eine Sperre über Kaiser Karls Vermögen ist bis auf weiteres von der Regierung verhängt worden. Diese Maßnahme soll solange bestehen, bis eine offizielle formelle Abhandlung vorliegt. Außerdem handelt es sich um eine eidesstattliche Versicherung, daß der Kaiser nichts unternehmen werde, was die Republik gefährden könnte.

### Ungarn.

Eine Militärexpedition nach Ungarn wird augenblicklich im Obersten Kriegsrat in Paris erörtert. Es geht davon der ganz unzulänglich gerüsteten rumänischen Armee stehen der Entente an Ort und Stelle nur zwei französische und eine englische Division zur Verfügung. Man wird also erst beträchtliche Truppenmassen nach Ungarn versetzen müssen. Zum Chef der Expedition nach Ungarn ist General Mangin aussersehen.

Lenins Mißtrauen. Lenin hat aus Moskau folgenden Hinweis an die ungarische Regierung gerichtet: Bitte mitteilen, welche reelle Garantien Sie dafür haben, daß die neue ungarische Regierung wirklich sozialistisch, nicht nur einfach sozialistisch, das heißt sozialverträglich ist. Es ist ganz sicher, daß infolge der eigenartigen Verhältnisse die ungarische Revolution als bloße Nachahmung unierer russischer Taktik in ihren Einzelheiten zu einem Fehler wird; vor diesem Fehler muß ich warnen.

Berlin. Die Reichsregierung hat folgendes verfaßt: „Unter dem Reichswehrminister wird die Marine von einem

## Zwei Frauen.

Roman von H. Courths-Mahler.

Die alte Dame war froh, daß Annelies nur wieder sprach und nicht mehr mit der starren, leblosen Miene vor sich hin sah. Mit all ihrer Liebe und Parteilichkeit umgab sie das junge Mädchen. Und als ihr Annelies dann Robert's Geschichte erzählte, da geriet sie in Tränen und in Schreien und Rufen.

„Du mein lieber Gott, und ich habe ihn so lächerlich aufgejankt! Einen Don Juan hab' ich ihn genannt und ihn fürchtbar schlecht behandelt. Der arme Mensch! Ach, Annelies, wie schnell ist man doch immer mit einem Verdammungsurteil bei der Hand, wenn man einmal etwas nicht begreifen kann. Aber nun bitte ich dich — ich eine Frau! Wähle man sich nicht für sein ganzes Geschlecht schämen, daß es so etwas gibt! Ist es da ein Wunder, wenn die Männer oft gering von den Frauen denken? Und du armes, armes Kind, mußt nun darunter leiden. Ich könnte mir die Augen aus dem Kopf weinen.“

So jammerte das alte Fräulein. Annelies sah still und ernst vor sich hin. „Da sollst mich nicht bedauern, Tantchen, hab' ich doch in allem Leid ein großes Glück gefunden. Geküßt — ja — da sah ich mich in mir aus, wie war, als müßte ich den Klauen an die Menschen verlieren. Glaubte ich doch, Robert habe ein solches Spiel mit mir getrieben. Aber jetzt bin ich ganz ruhig und werde darüber hinwegkommen. Weißt du doch, daß er mich liebt. Sage nicht, daß unsere Liebe eine Sünde ist. Ich nehme dieser Frau nichts, was ihr gehört, und keine Wünsche insipien sich daran. Ich will ihn nur wie bisher still in meinem Herzen tragen.“

Tante Annelies schluchzte zum Erbarmen. „Der liebe Gott muß euch helfen, sonst werde ich irre an ihm.“

Nichts, was ihr selbst Trübsal und Schwere widerfahren war, hätte ihr solche Worte ausgepreßt. Sie hatte sich stets bemüht unter Gottes Willen gebeugt, auch da, als es die Bergwelt seinen auf eigenen Weisheit.

Annelies sah in die Ferne, und ihr Herz tat weh, daß ihr Bestätigung, daß sie ruhig sei.

Um sich abzulenken, entwarf sie Kesselpäne. Sie dachte, daß sie jetzt nicht unglücklich in Neulinden bleiben dürfte. Arbeit genug um sich abzulenken, hatte sie jetzt nicht dabeim. So begann sie sofort Kurzbücher und Landkarten zu studieren und mit Tante Annelies zu beraten, wo die Reise hingehen sollte. Gleich am nächsten Tage wollte sie Rollenmann ruhen lassen und ihm Neulinden ans Herz legen, und dann sollte sofort mit den Reisevorbereitungen begonnen werden.

Denselben Nachmittag fuhr Robert nach der Stadt zu Dr. Brudner. Dieser hatte noch nichts von sich hören lassen in Bezug auf Robert's Scheidungsangelegenheit.

Als Robert bei ihm eintrat, sprang er auf. „Ich wollte gerade zu Ihnen hinaufgehen, Herr Baron. Nun kann ich mir den Weg sparen. Leider war ich in der letzten Zeit mit Geschäften überhäuft und konnte Ihre Angelegenheit noch nicht so energisch betreiben. Aber nun soll es geschehen, und ich möchte Ihnen einige Vorschläge machen.“

Robert warf sich auf einen Stuhl. „Hören Sie mich erst an, Herr Doktor, die Angelegenheit ist leider in ein anderes Stadium getreten, und ich komme rasch und verzweifelt zu Ihnen.“

Der Herr Doktor, was geschah war, erzählte Brudner, was geschah war.

Der Herr Doktor, was geschah war, erzählte Brudner, was geschah war.

„Hör Herr Doktor — ich will und muß los von ihr!“ rief Robert erregt.

„Kann ich verstehen. Und jetzt packt mich die Orgele. Sie vermerken jede „Spionage“, wie Sie sich ausdrücken. Aber mit Jagdgeld und Kasse richtet man gegen solche Charaktere nicht aus. Sie legt Ihnen in aller Eile eine Damen-Karte aus, und ich darf nicht davon zurück. Sie ein zweites Mal zu ruinieren, wenn wir ihr das Dankwort nicht legen. Jetzt beziehe ich darauf, daß Sie mir völlig freie

Hand lassen, Herr Baron. Ich will Sie freimachen. Aber ich kann mich da in keiner Weise an Ihre Delikatesse binden. In der Notwehr ist jede Waffe erlaubt, und man muß Sie zugrunde richten. Sie selbst sollen ganz unbedeutend bleiben. Geben Sie mir einfach Vollmacht, Ihre Scheidung mit allen Mitteln, die mir zu Gebote stehen, zu betreiben. Wir müssen ein Mittel finden, diese Ehe auch ohne die Einwilligung Ihrer Frau zu lösen. Wenn das geschehen ist, dann können Sie gern Ihre Kasse wahren lassen und ihr freies Willkür soviel zulassen, als Sie erdulden können, ohne sich unnötig einzuschranken.“

Robert sah mit zusammengekehrten Lippen vor sich hin. Dann sprang er auf. „Es geht ja nicht nur um Geld, sondern auch um Annelies' Heilung. Darin er da noch Bedenken haben!“

„Es bleibt mir keine andere Wahl, Herr Doktor. Sie sollen freies Land haben. Ich will heute, sobald ich nach Hause komme, noch einmal mit ihr sprechen und versuchen, sie zur Annahme der abzuwenden Part, die ich ihr bereits geboten habe, zu bewegen. Denn ich möchte alles versuchen, um ohne Skandal mit ihr abzurechnen. Geht sie darauf nicht ein, dann teile ich es Ihnen mit, und dann gehen Sie vor, wie es Ihnen gut erscheint.“

„Sah, Herr Baron. Ich finde es zwar unglücklich von Ihnen, Ihre Frau Ihre ganzes, voranschreitendes Einkommen auszuliefern. Aber man es sein, zu Ihrer Beruhigung.“

Sie haben dann alles getan, was in Ihrer Macht steht, die Angelegenheit gütlich zu ordnen. Willst Sie nicht ein, unter diesen Bedingungen lassen Sie sofort zu verlassen, dann bitte ich um umgehende Nachricht. Und dann bitte ich Sie, mir alle Papiere, die sich auf Ihre Eheverbindung beziehen, zu übergeben. Es wäre mir dann auch wichtig, möglichst viel Daten und Anhaltspunkte aus dem Vorleben Ihrer Frau zu erhalten. Gewisslich können wir hier den Fehlschlag annehmen. Ich will mit der Frau Baronin dann einmal genau unter die Lupe nehmen, und es soll mir ein ganz besonderes Vergnügen sein, einen solchen Schädling unbedeutend zu machen. Nichts vergnügt mich so sehr, als ich schon manche schwierige Aufgabe gelöst, und je schwieriger sie ist, desto größer ist mein Interesse daran.“

„Görheung folgt.“

